



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/143 - 25.6.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 038 890

Koalitionspartner unter Druck gesetzt

sp - Das Interessanteste an dem Wahlgesetzentwurf, den eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten in dieser Woche im Bundestag einbringen wird - er ist nach der SPD und der FDP der dritte Entwurf, mit dem sich das Parlament zu beschäftigen hat - ist der Zeitpunkt, zu dem das geschieht. Über den kleineren und manchmal zur bescheidenen Opposition innerhalb der Koalition neigenden Koalitionspartnern der Kanzlerpartei hängt seit dem 6. September 1953 das Damoklesschwert eines Mehrheitswahlgesetzes. Seine Anwendung würde für diese Parteien zur Existenzbedrohung werden. Das weiß die CDU/CSU, das wissen aber auch ihre Partner. Wenn jetzt eine Mehrheit der weitaus stärksten Regierungspartei diesen Entwurf vorlegt, dann liegt die Absicht nahe, wieder, wie so oft in der Vergangenheit, einen Druck auf die kleineren Parteien auszuüben.

Der Vorstoß der CDU/CSU Gruppe steht im klaren Widerspruch zu der in der Koalitionsvereinbarungen enthaltenen Zusage des Kanzlers, bei einem neuen Wahlgesetz auf die berechtigten Wünsche der kleinen Partner Rücksicht zu nehmen. Diese damalige Zusage wie auch jene, das Wahlgesetz bald zu verabschieden, hängt in der Luft. Diese Ungewissheit gab und gibt ihm die Möglichkeit, die Rebellen in der Koalition immer wieder zur Ordnung zu rufen und ihre Gefolgschaft zu erzwingen. Diesmal sind es Fragen der kommenden Wehrgesetzgebung, die den willkommenen Anlass bilden, das alte Spiel wieder aufzunehmen. Sowohl in der FDP wie auch in der BHE wächst das Unbehagen über die Art, wie der Bundeskanzler und seine engste Umgebung Lebensfragen behandeln. Und dies ist wohl der Sinn dieses Litwurfs: Wenn ihr kleineren Parteien jetzt nicht pariert und unaufhörlich folgt, werdet ihr im nächsten Parlament zu einem Häuflein zusammengeschrammt oder ganz verschwunden sein.

Gewiß kann man über Wahlrechtsfragen ganz verschiedener Meinung sein. Aber dass sie, im Zusammenhang mit den wehrpolitischen Problemen, gerade jetzt durch die Einbringung eines Mehrheitswahlgesetzentwurfes in die Diskussion geworfen wurden, wirft ein schlechtes Licht auf diejenigen, die diesen Vorstoß gerade jetzt unternommen haben. In seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 versicherte der Kanzler, die CDU werde ihre Stärke nicht mißbrauchen. Ob auch diese Zusage nur platonisch gemeint war, wird sich in voller Deutlichkeit bei der parlamentarischen Behandlung der drei Wahlgesetzentwürfe erweisen. * * *

"Verfehler Start der Wiederbewaffnung"

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Bundeskanzler Adenauer kann sich im allgemeinen nicht darüber beklagen, dass die Schweizer Presse seiner Politik nicht das nötige Verständnis entgegenbringe, sind doch insbesondere der NVG-Vertrag und später die Pariser Verträge in den meisten Schweizer Redaktionen auf warme Befürworter gestoßen. Die Art und Weise jedoch, wie der Kanzler mit seinem Freiwilligengesetz die Verwirklichung der Wiederbewaffnung anfasste, hat in der Schweiz weitherum nur Kopfschütteln und ernste Besorgnis erregt.

Alle namhaften Zeitungen, sie mögen der Außenpolitik und der Persönlichkeit des Kanzlers teilweise noch so freundlich gegenüberstehen, von der "National-Zeitung" über den "Bund", den "Tages-Anzeiger" und die "Tat" bis zur "Neuen Zürcher Zeitung", stellen unisono fest, dass der Start zur Wiederbewaffnung denkbar verfehlt gewesen sei. Bei aller Rücksichtnahme auf die aussenpolitischen Sorgen des Kanzlers, der noch vor seiner Moskauer Reise "einen möglichst großen Teil der Ernte in die Scheune bringen will und vor allem versucht, auf dem Wege der Gesetzgebung über die Bildung der deutschen Streitkräfte vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor die Pariser Vereinbarungen über die Wiederbewaffnung Deutschlands in neuen Verhandlungen in Frage gestellt werden können" (aus einem redaktionellen Leitartikel der "Neuen Zürcher Zeitung") - bei aller Rücksichtnahme also auf des Kanzlers aussenpolitische Sorgen, versteht es hier niemand, dass man in dieser Weise die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik aufs Spiel setzen kann.

Man hat insbesondere auch in der Schweiz der jahrelangen Propaganda des Amtes Blank Vertrauen zu schenken begonnen, wonach die neue Wehrmacht wirklich neu und modern, die parlamentarische Kontrolle von Anfang an gesichert, die Auswahl der höheren Offiziere einem zivilen Gremium anvertraut, sein werden usw. usw. - und nun erfährt man, dass schon beim Start alle diese schönen Grundsätze über den

25.6.1955

Haufen geworfen wurden. Man hat in der Schweiz ein besonders ausgeprägtes Empfinden für die Linnhaltung der parlamentarischen Spielregeln, und so kann man es hier vollends nicht verstehen, dass die neue Wehrmacht gewissermaßen am Schwanz aufgezäumt werden soll, indem man Ausführungsgesetze zu noch nicht existierenden Wehrgesetzen erlässt.

Zum ersten Male gerät nun auch der neue Wehrminister Blank in das Schussfeld der Kritik. Das bruske und unvertändliche "Nein" Blank gegenüber Carlo Schmid ist durch die ganze Schweizer Presse gegangen. Das erste Auftreten Blanks vor dem Parlament ist allgemein als unglücklich empfunden worden, und in den Darstellungen der Schweizer Presse kommt zum Ausdruck, dass es sich bei den Vorgängen in Bonn in Sachen Freiwilligengesetz keineswegs um eine parteipolitische Auseinandersetzung, sondern um einen Kampf für die Wahrung der Rechte des Parlamentes und für die Demokratie geht, dessen Frontlinien nicht entlang den Parteigrenzen verlaufen. Bereits werden auch Zweifel angemeldet, ob Blank denn wirklich die Persönlichkeit sei, für eine demokratische Entwicklung der neuen Wehrmacht garantieren zu können.

* * *

Das tägliche Schnitzel

-dt, Hannover

Als Hannovers Landeshochschulrat Lilje in diesen Tagen in der Evangelischen Akademie Loccum im Beisein des Bundespräsidenten die Teilnehmer der 10. "Journalistentagung" mit dem Satz verabschiedete, "dass sie das Gefühl von der Zwiespältigkeit unserer Situation mitnehmen", war eine Diskussion zu Ende gegangen, wie sie in dieser Form wahrscheinlich noch an keinem Ort der Bundesrepublik stattgefunden hat. Es drohte in der ursprünglichen Anlage das Gartenlaubenthema "Rückblick und Ausschau" zu werden; die "hoffnungslose Harmonie" (Landeshochschulrat Lilje) lag in der Luft. Geworden ist es eine geradezu beklemmende Analyse der bundesdeutschen Wirklichkeit; in den Dimensionen wahrscheinlich verzerrt, im Kern richtig.

Schuld ist ein Mann, dem von der Akademieleitung ein so harmlos

scheinendes Thema wie "Demokratie im Alltag" zgedacht wurde, und das nur stellvertretend für den verhinderten Senatspräsidenten Kaisen. Der Mann, der in die Bresche sprang, war Erich Kuby aus München, ein Publizist von hohen Graden und, wie sich in Loccum zeigte, von einer seltenen Zivilcourage.

Der Ruf nach der starken Hand

Kuby war die Aufgabe zugefallen, sich mit einem Münchner Kollegen, dem Publizisten Winfried Martini und dessen Buch "Das Ende aller Sicherheit" auseinanderzusetzen; einer grundgescheiterten Untersuchung darüber, dass die Masse der Wähler zu den meisten politischen Problemen kein rationales Urteil findet, also mit dem Wahlzettel überfragt ist und dass daher die Demokratie, wie weiland zu Hitlers Zeiten, vom Wähler jederzeit labil ist. Kuby stimmte dem zu, und wer die letzten Bundestags- und Landtagswahlen verfolgt hat, die unter den Zeichen des "deutschen Wunders" geführt wurden, kann sich dieser Zustimmung nicht entziehen. Mit der ganzen Schärfe eines hochgezüchteten Intellekts aber griff Kuby die Schlußfolgerungen an, die Martini andeutet: den versteckten Ruf nach der starken, wenn auch christlich kaschierten Hand. Es ist, als sei das Buch Martinis ein Katechismus für die Machtentfaltung des Kanzlers, für die Gegenwart wie für die Zukunft. Martini offenbarte sich vollständig, als er die Theorie verliess und für die aktuelle Praxis den Einbau einer Notstandsklausel in die Verfassung verlangte.

Was Kuby über das Rednerpult der Akademie hinweg auf den schweigend vor ihm sitzenden Martini an vernichtender Kritik schleuderte, konnte noch als Monolog zwischen zwei Intellektuellen betrachtet werden; was Kuby dann, auf den Kanzler übergehend ("Kein Autokrat, ein Demokrat von 1914") sagte, grenzt an provokatorische Treffsicherheit. Bis 1949, so etwa könnte man Kubys Ausführungen verkürzt wiedergeben, gab es in Westdeutschland den ehrlichen Versuch, "den Inhalt der Demokratie der Zuständigkeit der Urwähler anzupassen", mit anderen Worten, das politische Bewußtsein des Wählers allmählich zu wecken und zu fördern, damit er vor Wahlzettel, dem Schlüssel zur Macht in der parlamentarischen Demokratie, den rechten Gebrauch zu machen lerne. Aber dann kamen mit der Bundesrepublik der Kanzler, die Machtpolitik und das "deutsche Wunder", von Kuby "das tägliche Schnitzel" genannt. Unter dem Schutz dieses Schnitzels begimme der Abbau der bis dahin gepriesenen demokratischen Tugenden und damit der demokratischen Freiheiten. Nur die Freiheit von Not ist geblieben.

Die beiden Kassandras

"Kassandra links" (Kuby) und "Kassandra rechts" (Martini) nannte Landesbischof Lilje die beiden Referenten. Zumindest die linke Kassandra behielt recht: viele Debattenredner, unter ihnen Menschen, die an den großen Lautsprechern der öffentlichen Meinung sitzen, bekannten sich freimütig zum "täglichen Schnittsel", weil das Volk es verlange. Das waren erschütternde Bekenntnisse; selbst Menschen, deren Donkapparate jeder Vernebelung standhalten müßten, gaben zu, daß auch die Politik durch den Magen geht. Und keiner dieser Schnittsel-Tesser erinnerte sich des erschrockenen "Um Gotteswillen" eines Bonner Staatssekretärs, das Martini als einzige Antwort bekam, als er diesen hohen Beamten gefragt hatte, was geschehen werde, wenn das "deutsche Wunder" kaputt gehe und der Kanzler nicht mehr sein werde.

Die Gefahr für die Freiheit des Individuums, die Kuby als Folge der Aufrüstung aufzeigte, erhielt zusätzlich ein fables, gespenstisches Licht durch den Vortrag des Nobelpreisträgers Prof. Max Born über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomforschung. Die Apokalypse atomaren Ursprungs bekam eine furchtbare Verdichtung in dem Satz: "Seit der Entwicklung der Kobaltbombe sitzt die Menschheit auf einem Pulverfass und sie kann sich jederzeit mit einem Streichholz in die Luft sprengen."

* * *

Pflichtlektüre für Betriebsräte

Zu einem Buch von Louis P. Lochner

Man schreibt uns aus dem Ruhrgebiet:

Die westdeutsche Schwerindustrie ist eifrig bemüht, sich dem Volke als die gegebene politische Führungsgeschicht zu präsentieren. In dieser Absicht will sie sich von dem Makel reinwaschen, sie habe Hitler in den Sattel gehoben und den Nationalsozialismus über das auch in einer Diktatur vermeidbare Maß hinaus gestützt. Zu diesem Zweck sind bereits eine ganze Anzahl mehr oder weniger nachhafter Publizisten in Brot gebracht worden. Es ist jedoch immer wirksamer, wenn man auch eine internationale Feder von Ruf einsetzen kann. Der

frühere Leiter des Berliner Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, Louis P. Lochner, hat mit weitestgehender Unterstützung westdeutscher Industrieller in den letzten Jahren in Archiven und Gesprächen in der Bundesrepublik über die strittige Zeit vor und nach 1933 über die Haltung der massgebenden Repräsentanten dieser Kreise Material zusammengetragen. Er hat das Ergebnis in dem Buch "Die Mächtigen und der Tyrann" ("Tycoons und Tyrant") niedergelegt. Dieses Buch soll jetzt in grösseren Mengen von der Industrie aufgekauft werden, um den Betriebsräten einmal ein "richtiges" Bild von der Haltung der Wirtschaftsführer vor und während des Dritten Reichs zu geben, um "endlich einmal in der Arbeiterschaft mit der Auffassung aufzuräumen, man sei der Steigbügel Hitlers gewesen."

Louis P. Lochner ist immer ein Freund Deutschlands gewesen, in erster Linie freilich der besitzenden grossbürgerlichen Schichten, vor allem der schwerindustriellen Sphäre. Gerade deren Haltung in jener Zeit soll gerechtfertigt werden. Diese Absicht ist penetrant. Und gerichtet ist dieses Buch, hinter dem vor allem Krupp steht, sehr deutlich auch an die Weltöffentlichkeit. Gerade an diese Adresse dürfte der Hinweis Lochners gerichtet sein, dass amerikanische Unternehmen in Deutschland sich die rassistischen Diskriminierungen, die Goebbels verlangte, zueigen machten, das "Ausland Hitler Beifall klatschte, während man im Reich nüchtern wurde."

Dass Lochner einseitig informiert worden ist, ja dass er mitunter in der Bewertung der politischen Haltung der ein oder anderen Persönlichkeit heftig daneben greift - Otto Wolff gehörte sicherlich nicht zu den schliesslich extremsten Nazis, sondern war einer der wenigen, die frühzeitig die Kriegsabsichten Hitlers erkannten - spricht dafür, dass er sich - gewollt oder nicht - lenken und beeinflussen liess, dass dabei so nebenher das eine oder andere Mäuschen gekühlt werden sollte.

Lochner gibt zu, dass die überwiegende Mehrheit der Industrieführer den Nationalsozialismus unterstützte, weil diese Männer die Sozialisierung befürchteten und dass man sich erst zurückzog, als man im Kriege zu erkennen glaubte, dass auch die Nazis den Industriebesitz enteignen wollten.

Sicherlich steht auch wenig Schmeichelhaftes über die deutsche Industrieführung bei Lochner, aber eine auch nur einigermaßen objektive Darstellung ist es jedenfalls nicht und schon eine erhebliche Anzahl kleiner und größerer Schnitzer, die Lochner unterliefen, beeinträchtigen den Wert des Buches entscheidend. - - - - -

Verantwortlich: Peter Rauna